

Das deutsche Engagement im Orient im Spiegel der unveröffentlichten Akten der „Großen Politik“ 12. Mai – 12. Juni 1897

Von ARIADNI MOUTAFIDOU (Wien)

Die Akten aus dem Zeitraum vom 12. Mai bis zum 12. Juni 1897, betreffend den osmanisch-griechischen Krieg von 1897, sind im Band „Die Große Politik der Europäischen Kabinette“¹⁾ nicht veröffentlicht. Sie beziehen sich auf die Vermittlungsaktion der Mächte an der Pforte mit dem Ziel der Feueinstellung, das Zustandekommen des Waffenstillstands bis zur Eröffnung der Friedensverhandlungen zwischen den Großmächten und der Pforte. Diese Lücke in den Akten der genannten Publikation wurde von jenen Historikern bedauert, die die diplomatiegeschichtlichen Entwicklungen während dieser Krise durch die Erforschung französischer, englischer oder österreichischer Quellen zu rekonstruieren und zu erklären versuchten. Sie wiesen, wenn auch nur andeutungsweise, auf eine Obstruktionspolitik des deutschen Kabinetts hin, die aber durch das Weglassen der entsprechenden Akten in der „Großen Politik“ und durch den begleitenden, in seinem informativen Charakter harmlosen Kommentar, der die Lücke überbrücken soll, verschwiegen wird²⁾. Dieser — wie es zu zeigen sein wird — irreführende Kommentar wurde allerdings von deutscher Seite in die allgemeinen Darstellungen als informative Tatsache übernommen³⁾. In der Tat war nach der

¹⁾ Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 — 1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Hrsg. von J. Lepsius, A. Mendelssohn Bartholdy, F. Thimme (im folgendem GP). Berlin 1927, Bd. XII, Teil 2, Anmerkung auf den Seiten 421—422.

²⁾ E. Driault — M. Lhéritier, *Histoire diplomatique de la Grèce de 1821 à nos jours*. Paris 1926, Bd. IV, S. 406, Anm. 4; G. S. Papadopoulos, *England and the Near East 1896—1898*. Thessaloniki 1969, S. 154, Anm. 2; A. Moutafidou, *Der osmanisch-griechische Waffenstillstand von 1897*, *Südost-Forschungen* 52 (1993), S. 73—76.

³⁾ K. Loulos, *Die deutsche Griechenlandpolitik von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*. Frankfurt a. M., Bern, New York 1986, S. 63, Anm. 103; P. Winzen, *Die Englandpolitik Friedrich von Holsteins 1895—1901*. Köln 1975, S. 144, Anm. 1.

Rückkehr der Archivalien der Wilhelmstraße nach Bonn kein Versuch unternommen worden, den Inhalt der im genannten Dokumentenband nicht veröffentlichten Akten zu erläutern, wenngleich die auf die Dokumente angewandten Auswahlkriterien und die gegen Kriegsausbruch hin umfangreicher werdenden Fußnoten schon sehr früh der Kritik ausgesetzt waren⁴).

Die Einsicht in die unveröffentlichten Akten vom 12. Mai bis zum 12. Juni 1897, die sich im Politischen Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes in Bonn befinden, läßt nun die Beantwortung der Frage nach Inhalt und Wichtigkeit der Akten zu und ermöglicht es, die deutsche Politik bzw. die Entscheidungsprozesse an der Wilhelmstraße in jenem Zeitraum zu beschreiben und zu analysieren⁵).

Die Veröffentlichung der den osmanisch-griechischen Konflikt betreffenden Akten hört mit der am 12. Mai 1897 datierten Antwort *Wilhelms* an seine Schwester *Sophia* auf. Er befiehlt darin dem deutschen Botschafter in Konstantinopel, sich an der Vermittlungsaktion der Mächte bei der Pforte zu beteiligen⁶). Vorerst sollte die griechische Regierung drei deutsche Vorbedingungen erfüllen, um eine Intervention der Mächte überhaupt zu ermöglichen: nämlich alle griechischen Truppen aus Kreta abziehen, die Autonomie der Insel anerkennen und ausdrücklich erklären, daß das Athener Kabinett bereit sei, die Ratschläge der Mächte bei den Friedensverhandlungen anzunehmen⁷). Dementsprechend wurde in der deutschen Aktensammlung der Abschluß des Waffenstillstandes am 19. Mai als direkte Folge der geforderten schriftlichen Erklärung, „die von der griechischen Regierung (am 17. Mai) abgegeben wurde“, dargestellt⁸). Mit einem weiteren informativen Hin-

⁴) K. Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1871—1918*. München 1994, S. 56—57.

⁵) Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (im folgendem PAAA): Aktenzeichen: Türkei 94, Bd. 85—86 bis 94—95, Datum: 12. Mai—12. Juni 1897, Signatur: R12262—R12271.

⁶) GP, XII/2, Nr. 3238, S. 422.

⁷) GP, XII/2, Nr. 3235, 3236, S. 421. Eigentlich verlangten den Abzug der griechischen Truppen aus Kreta alle Großmächte außer Italien, während die Forderung nach der Anerkennung der Autonomie Kretas seitens der griechischen Regierung ausschließlich vom deutschen Kabinett gestellt und trotz der Reaktionen der übrigen Mächte durchgesetzt wurde.

⁸) „Tatsächlich wurde die in diesem Telegramm (Nr. 3236) angekündigte Note noch am 10. Mai den Gesandten der Großmächte überreicht, worauf diese sofort ihre Bereitwilligkeit zu einer Vermittlung zwischen den beiden kriegführenden Mächten aussprachen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die griechische Regierung erklärt, daß sie zur Abberufung ihrer Truppen von Kreta schreiten werde, der Autonomie Kretas formell beistimmte und ohne Vorbehalt die Ratschläge annehme, welche die Mächte ihr im Interesse des Friedens erteilen würden. Die verlangte Erklärung wurde am 17. Mai von der griechischen Regierung abgegeben. Am 19. Mai erfolgte dann der Abschluß eines siebzehntägigen Waffenstillstandes, der Anfang Juni für die Dauer der

weis erfolgt der Übergang zu den Friedensverhandlungen, und die Darlegung der Akten wird fortgesetzt mit der von *Hohenlohe* vorgeschlagenen abweisenden deutschen Antwort (12. Juni 1897) auf die Bitte des Sultans an *Wilhelm*, bei der Festlegung der Kriegsentschädigung und dem Rückerwerb wenigstens eines Teils Thessaliens Unterstützung zu gewähren⁹⁾.

Einerseits war die Erfüllung der oben erwähnten Vorbedingungen eine wichtige Voraussetzung für die Beseitigung der Uneinigkeit unter den europäischen Mächten hinsichtlich einer effektiven Vermittlungsaktion bei der Pforte, ja sie ermöglichte diese überhaupt erst. Andererseits gelang es der griechischen Regierung nicht, das deutsche Kabinett zu einer Teilnahme an den Waffenstillstandsbemühungen der anderen Mächte zu veranlassen. Staatssekretär *Marschall* war fest dazu entschlossen, keinen Druck auf die Pforte auszuüben, sondern ihr die Wahl des geeigneten Zeitpunkts zur Einstellung der Feindseligkeiten zu überlassen und sie dabei zu unterstützen. Die Tatsache, daß eine solche Obstruktionspolitik, die die gemeinsame und effiziente Aktion der Botschafter in Konstantinopel zur Feuereinstellung wesentlich behinderte und Deutschland in einen immer stärkeren Gegensatz zu den anderen Großmächten brachte, schien *Marschall* von der Durchsetzung seiner Linie nicht abzubringen.

Die Mitteilung *Wilhelms* an seine Schwester, Kronprinzessin von Griechenland, über die deutsche Übernahme der Mediation an der Pforte entsprach nur zum Teil der Realität. Während alle andere Botschafter in Konstantinopel beauftragt waren, wegen der unaufhaltsamen Niederlagen der griechischen Armee und in Anbetracht der explosiven inneren Situation Griechenlands an erster Stelle auf eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten hinzuwirken, erhielt der deutsche Botschafter *Saurma* die Instruktion, sich an einer gemeinsamen Anfrage an den Sultan, ob und unter welchen Voraussetzungen er zum Abschluß eines Waffenstillstandes bereit sei, zu beteiligen; eine Pression in der Waffenstillstandsfrage sollte er nachdrücklich vermeiden¹⁰⁾. Die Tatsache, daß es doch zu einer Vereinbarung und zur mündlichen Demarche *Calices*, des Doyen der Mächte in Konstantinopel beim osmanischen Außenminister im Namen aller Botschafter mit dem Antrag auf unmittelbare Einstellung der Feindseligkeiten kam, war mehr dem starken Druck auf *Saurma* als der Überzeugungskraft der übrigen

Friedensverhandlungen verlängert wurde. Über den Verlauf der Friedensverhandlungen siehe zusammenfassend Nr. 3248.“ GP, XII/2, Anm. auf den Seiten 421—422; siehe auch A. Moutafidou, Waffenstillstand, S. 74.

⁹⁾ GP, XII/2, Nr. 3239, S. 423.

¹⁰⁾ *Marschall* an *Saurma*, Tel. Nr. 120, Berlin, 11. Mai 1897; *Marschall* an *Plessen* (Konzept *Holsteins*), Berlin, 11. Mai 1897, beide in: PAAA, R12261; E. Driault—M. Lhéritier, Histoire diplomatique, Bd. IV, S. 406, Anm. 4, 5; G. S. Papadopoulos, England and the Near East, S. 154, Anm. 3; A. Moutafidou, Waffenstillstand, S. 74—75, Anm. 7.

Botschafter zu verdanken¹¹). Diese eindeutige Überschreitung der klaren Instruktionen aus Berlin rief eine heftige Reaktion des deutschen Staatssekretärs hervor¹²), während *Wilhelm* es als wichtig bezeichnete, daß *Saurma* seinen Kollegen gegenüber die Notwendigkeit, den Sultan zu fragen, betont habe¹³). *Saurma* hielt nun mit großer Genauigkeit an seinen Instruktionen fest und sorgte dadurch für großen Aufruhr in den Reunionen der Botschafter. Er weigerte sich, Druck auf die Pforte auszuüben und betonte vor seinen Kollegen die Richtigkeit der Aussagen des osmanischen Außenministers *Tevfik Paschas*, der den Abbruch der militärischen Aktion zu jener Zeit als unmöglich erklärte¹⁴).

Das Bestreben der Osmanen, während der Vermittlungsaktion der Mächte Zeit zu gewinnen, um bestimmte strategische Punkte zu erobern, bzw. die im Gange befindlichen Operationen vor der Feuereinstellung zu Ende zu bringen, um in den bevorstehenden Friedensverhandlungen eine gestärkte Position einzunehmen, wurde entscheidend von der Obstruktionspolitik des deutschen Kabinetts unterstützt. Die deutsche Vorgehensweise machte jede Möglichkeit einer effektiven Vermittlung der Mächte bei der Pforte zunichte.

Der von allen Mächten verurteilte Vorstoß der Griechen in Epirus bekräftigte die Entschlossenheit des deutschen Kabinetts, keinen Druck auf die Pforte auszuüben: „die Griechen müßten im letzten Augenblick in Anlassung an eine gehoffte diplomatische Aktion einzelner Kabinette noch eine gewisse Gleichstellung des Besiegten und des Siegers herbeiführen“¹⁵).

¹¹) *Saurma* an das Auswärtige Amt (im folgendem AA), Tel. Nr. 283, Pera, 12. Mai 1897, PAAA, R12262; E. Driault—M. Lhéritier, *Histoire diplomatique*, Bd. IV, S. 407, Anm. 1, 2.

¹²) „Ew. wollen daher, falls der Sultan dem Ersuchen um Einstellung der Feindseligkeiten bei welchem Ew. sich mißverständlich beteiligt haben, noch nicht formell nachgegeben haben sollte, Ihren Kollegen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers in der Fortdauer des Kriegszustandes — denn thatsächlich scheinen die militärischen Operationen ja schon jetzt auf ein Minimum beschränkt zu sein — kein Hindernis für Friedensverhandlungen sondern höchstens (...) eine unnötige Verschleppung dieser Verhandlungen sieht“. *Marschall* an *Saurma*, Tel. Nr. 123, Berlin, 13. Mai 1897, PAAA, R12262; E. Driault—M. Lhéritier, *Histoire diplomatique*, Bd. IV, S. 407; G. S. Papadopoulos, *England and the Near East*, S. 154, Anm. 4.

¹³) „Nach Ansicht Seiner Majestät ist die Situation in Athen jetzt nicht kritischer als nach Larissa. Dem Sultan könne doch nicht befohlen werden. Griechenland habe Mediation angerufen, nun möge es in Geduld der Entwicklung derselben entgegensehen“. *Kiderlen* an das AA, Tel. Nr. 7, Urville, 13. Mai 1897, PAAA, R12262.

¹⁴) *Saurma* an das AA, Tel. Nr. 285, Pera, 13. Mai 1897; *Saurma* an das AA, Tel. Nr. 288, Pera, 14. Mai 1897, beide in: PAAA, R12262.

¹⁵) *Marschall* an *Saurma*, Tel. Nr. 126, Berlin, 15. Mai 1897, PAAA, R12263; A. Moutafidou, *Waffenstillstand*, S. 78, Anm. 20.

Als dann am 15. Mai die Pforte mit einem Memorandum den Waffenstillstand von der Erfüllung fünf übertriebener Friedensbedingungen¹⁶⁾ abhängig machte, war es wieder Deutschland, das die Abgabe der zwischen den Botschaftern vereinbarten Verbalnote (die unter anderem auf die dringende Notwendigkeit einer sofortigen Feuereinstellung vor Gesprächen über die Friedensbedingungen drängen sollte) blockierte. Diese Verbalnote konnte der Doyen der Mächte nicht an die Pforte abgeben, weil *Saurma* von Berlin keine Spezialermächtigung dafür bekommen hatte¹⁷⁾. Der Standpunkt der griechischen Regierung sei, so Reichskanzler *Hohenlohe*, bereits bekannt; nachdem sich früher die Pressionsmittel Griechenland gegenüber als wirkungslos erwiesen hätten, sollten sich die Großmächte jetzt — im Interesse sowohl der Türkei als auch des europäischen Friedens — nicht übereilen, die Türkei zum Verzicht auf ihr wirksames Pressionsmittel Griechenland gegenüber zu veranlassen. Der geeignete Moment für eine gemeinsame Herbeiführung der Waffenruhe sei erst dann gekommen, wenn Griechenland sich bereit erklärt habe, die vier Punkte, auf die sich die Großmächte im Prinzip geeinigt hätten, als Grundlage für die Spezialberatung des Friedensvertrags anzunehmen¹⁸⁾. „Erst dann“, so der Instruktionsvorschlag *Marschalls* an den deutschen Kaiser, „wenn Einverständnis zwischen den Mächten bezüglich der Vorbedingungen erzielt ist, wird die Frage zu erwägen sein, ob Seine Majestät dem Sultan vielleicht eine freundliche Warnung zukommen läßt wegen der in Konstantinopel Nr. 289 gemeldeten übertriebenen türkischen Friedensbedingungen.“¹⁹⁾

¹⁶⁾ Es handelte sich um: (1) die sofortige Öffnung der Häfen von Prevesa und Volos für alle für die osmanische Armee bestimmten Zufuhren zur See; (2) die Wiederherstellung der osmanisch-griechischen Grenze vor dem Berliner Kongreß; (3) die Zahlung einer Kriegsentschädigung von zehn Millionen osmanischen Pfund; (4) die Aufhebung der Kapitulationen für Griechenland und (5) den Abschluß eines Auslieferungsvertrags für gemeine Verbrecher. Siehe GP, XII/2, Nr. 3248, S. 430—432.

¹⁷⁾ Siehe auch E. Driault—M. Lhéritier, *Histoire diplomatique*, Bd. IV, S. 408, Anm. 5.

¹⁸⁾ „Diese vier Punkte sind: 1. Keine Eroberungen, sondern nur, für die Türkei, eine strategische Grenzrektifikation. 2. Kriegsentschädigung. 3. Aufrechterhaltung des Prinzips der Kapitulationen. 4. Abschluß eines Auslieferungsvertrages, welcher einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bilden würde. Die Spezialberatung dieser Punkte wird selbst dann, wenn keiner der beiden Vertragsschließenden Neigung zu einem Obstruktionsverfahren zeigt, Wochen in Anspruch nehmen. Als Vorbedingung für die Einstellung der Feindseligkeiten würde es jedoch genügen, wenn Griechenland seine prinzipielle Zustimmung ausspricht.“ *Hohenlohe* an *Saurma*, Tel. Nr. 127, Berlin, 16. Mai 1897, PAAA, R12263; G.S. Papadopoulos, *England and the Near East*, S. 154, Anm. 5; A. Moutafidou, *Waffenstillstand*, S. 75, Anm. 8.

¹⁹⁾ *Marschall* an *Kiderlen* (Konzept *Holsteins*), Tel. Nr. 8, Berlin, 16. Mai 1897 (die Ermächtigung am Rande des Telegramms), PAAA, R12263.

Weder die erneuten heftigen Reaktionen der Botschafter in Konstantinopel²⁰⁾, noch die Versuche *Gołuchowskis* sowie *Visconti-Venostas*²¹⁾, noch die wiederholte flehende Bitte der Kronprinzessin *Sophia* an *Wilhelm*²²⁾ bewegten das deutsche Kabinett dazu, einer sofortigen Feuereinstellung zuzustimmen.

Erst die neuen militärischen Entwicklungen zusammen mit der Angst vor einem isolierten russischen Schritt schienen in der Obstruktionspolitik des deutschen Auswärtigen Amtes eine Wende zu erzielen²³⁾. Am 17. April früh morgens fand die Schlacht von Domokos statt; der erwartete Sieg der osmanischen Armee würde diese vor die Tore Athens führen. Am Abend desselben Tages notierte *Holstein* am Rande eines Telegramms von *Saurma* (womit letzterer die Weigerung seiner Teilnahme an der gemeinsamen Verbalnote

²⁰⁾ „Nelidow äußerte gestern, daß durch unsere Haltung die sogenannte Entente der Mächte illusorisch gemacht werde, und daß eine Sondergruppierung einzelner Mächte wirksamer sein würde.“ Dadurch fühlte man sich aber in Berlin bedroht. *Marschall* an *Hatzfeldt* (Konzept *Holsteins*), Tel. Nr. 152, Berlin, 17. Mai 1897; *Saurma* an das AA, Tel. Nr. 296, Pera, 17. Mai 1897, beide in: PAAA, R12263.

²¹⁾ *Lichnowsky* an das AA, Tel. Nr. 160, Wien, 17. Mai 1897; *Lichnowsky* an das AA, Tel. Nr. 159, Wien, 15. Mai 1897; beide in: PAAA, R12263; *Bülow* an das AA, Tel. Nr. 154, Rom, 17. Mai 1897, PAAA, R12264.

²²⁾ *Plessen* an das AA, Tel. Nr. 157, Athen, 17. Mai 1897, PAAA, R12263; *Kiderlen* an das AA, Tel. Nr. 12, Wiesbaden, 17. Mai 1897, PAAA, R12264. Bereits ein früherer Versuch *Sophias*, bei *Wilhelm* zu Gunsten Griechenlands Einfluß zu nehmen, war gescheitert: Am 12. Mai machte sie ihm vertraulich eine Information des französischen Botschafters in Konstantinopel bekannt, derzufolge *Murav'ev* dem Zaren andere Instruktionen an *Nelidov* vorlege, als er letzterem tatsächlich erteile: Die dem Zaren vorgelegten Instruktionen würden Griechenland gegenüber versöhnlich klingen, während *Murav'ev* in Wirklichkeit die Botschafter anweise, die Türkei gegen Griechenland aufzuhetzen. Die Information wurde im deutschen Auswärtigen Amt als ein Versuch der französischen Diplomatie, vielleicht unter der Mitwirkung von *Nelidov*, interpretiert, durch ein Zusammenwirken der Familieneinflüsse von Athen und Kopenhagen die Stellung *Murav'evs* beim Zaren zu untergraben. Diese Information wurde mit Einwilligung *Wilhelms* *Murav'ev* vertraulich mitgeteilt, „auch“, so *Marschall*, „im eigenen Interesse, um das Spiel seiner Feinde unbenutzt weiter beobachten zu können“. *Plessen* an das AA, Tel. Nr. 150, Athen, 12. Mai 1897; *Marschall* an *Kiderlen* (Konzept *Holsteins*), Tel. Nr. 32, Berlin, 12. Mai 1897; *Kiderlen* an das AA, Tel. unnummeriert, Urville, 13. Mai 1897; *Marschall* an *Tschirschky*, Tel. Nr. 151, Berlin, 13. Mai 1897; *Tschirschky* an das AA, Tel. Nr. 143, Petersburg, 14. Mai 1897; alle in: PAAA, R12262.

²³⁾ Dazu siehe auch das Gespräch *Marschalls* mit *Szögyény*, dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, in: A. Moutafidou, Waffenstillstand, S. 75–76.

bekanntmachte), daß inzwischen die Schlacht von Domokos, die wahrscheinlich stattgefunden habe, eine neue Situation geschaffen haben dürfte²⁴). Etwa eine Stunde später erreichte ein Telegramm aus Petersburg die Wilhelmstraße, in welchem der deutsche Botschafter *Tschirschky* die Entschlossenheit des Zaren, aufgrund der Gefährdung der griechischen Dynastie den Feindseligkeiten ein Ende zu machen, ausführlich darstellte. *Nelidov* habe die betreffenden Instruktionen bereits erhalten. Und *Murav'ev*, der gerade vom Besuch beim Zaren zurückgekommen sei, blieb trotz der erheblichen Bedenken *Tschirschkys* einem solchen Vorgehen gegenüber unerschütterlich²⁵). Die bevorstehende Gefahr einer isolierten russischen Aktion bewirkte eine Änderung der deutschen Haltung, und *Marschall* konzipierte eigenhändig gleich am Rande dieses Telegramms die neuen Instruktionen an *Saurma*, die er sofort an den deutschen Kaiser nach Wiesbaden zur Genehmigung schickte: Nachdem das Petersburger Kabinett bereits die Einstellung der Feindseligkeiten vom Sultan verlangt habe, sei bei der bekannten Machtkonstellation in Konstantinopel die Zustimmung des Sultans gesichert. Um aber bei den Botschaftern nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, daß Berlin und Petersburg den Vortritt hätten, sei *Saurma* beauftragt, dem Sultan im Auftrag des deutschen Kaisers den Rat zu erteilen, die Feindseligkeiten entsprechend der russischen Forderung einzustellen²⁶). Doch noch vor der Bewilligung dieses Telegramms²⁷) bat Reichskanzler *Hohenlohe* (am Morgen des 18. Mai) *Wilhelm* dringend um die Ermächtigung, sich gleich nach der Nachricht von der Einnahme von Domokos auch ohne den isolierten russischen Schritt an der gemeinsamen diplomatischen Aktion der Mächte zur Feuereinstellung beteiligen zu dürfen²⁸). Der neueste

²⁴) *Saurma* an das AA, Tel. Nr. 296 (Ankunft: 7.23 Nm.), Pera, 17. Mai 1897; am Rande dessen: *Marschall* an *Kiderlen* (Konzept *Holsteins*), Tel. Nr. 55, Berlin, 17. Mai 1897, PAAA, R12263.

²⁵) „Der Minister begründete seinen Standpunkt mit der imminenten Gefahr, der die Dynastie in Athen ausgesetzt sein würde, falls die Türken nicht unverzüglich Halt machten. Herr Onou telegraphire, die Lage sei höchst kritisch, der König ohne Militär und Polizei in steter Gefahr. Auch melde Herr Onou, die Griechen bäten inständig um Beistand, und er glaube deshalb nicht, daß sie in der Folge Schwierigkeiten machen würden. (...) Graf Murawiew kam wieder darauf zurück, daß die Kaiserliche Regierung vielleicht nicht das gleiche Maß von Interesse an der griechischen Dynastie habe wie die russische; für letztere sei dies jedoch ein Hauptpunkt.“ *Tschirschky* an das AA, Tel. Nr. 147 (Ankunft: 8.28 Nm.), Petersburg, 17. Mai 1897, PAAA, R12263.

²⁶) *Tschirschky* an das AA, Tel. Nr. 147, Petersburg, 17. Mai 1897; am Rande dessen: *Marschall* an *Kiderlen* (Konzept *Marschalls*), Tel. Nr. 56, Berlin, 17. Mai 1897, PAAA, R12263.

²⁷) *Kiderlen* an das AA, Tel. Nr. 13, Wiesbaden, 18. Mai 1897, PAAA, R12264.

²⁸) „Euer Hochwohlgeboren wollen allerhöchste Ermächtigung erbitten, damit wir falls im Laufe des Tages die Nachricht eingeht, daß die Griechen

Militärerfolg der Osmanen brachte die Griechen in eine derart bedrängte Lage, daß es keiner griechischen Regierung möglich gewesen wäre, die zur Verhandlung der Friedensbedingungen zwischen den Mächten vereinbarten Punkte zurückzuweisen²⁹). Doch nun konnte der Kurswechsel in Berlin das Zustandekommen des Waffenstillstands weder direkt noch indirekt weiterhin beeinflussen. Etwa zur selben Zeit, am Morgen des 18. Mai, hatte *Tevfik Pascha* dem Doyen des diplomatischen Korps in Konstantinopel den Befehl des Sultans zur sofortigen Feuereinstellung bekannt gemacht. Diese Entscheidung wurde als großzügige Antwort auf den persönlichen Appell des Zaren *Nikolaj* dargestellt, genau zu dem Zeitpunkt, als das strategische Ziel der Osmanen mit der eintreffenden Nachricht über die Einnahme von Domokos erreicht war³⁰).

Nach dem Zustandekommen der Feuereinstellung bestand die Interaktion zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich deutscherseits darin, zu Gunsten der Pforte im Rahmen des europäischen Konzerts Einfluß zu nehmen und dabei gleichzeitig selbst in Konstantinopel zu größerer Macht aufzusteigen, ohne jedoch die zu jener Zeit angestrebte Annäherung an Rußland zu beeinträchtigen. Osmanischerseits wurde die Unterstützung beider Seiten, sowohl Deutschlands als auch Rußlands, für die bevorstehenden Friedensverhandlungen angestrebt. In diesem Sinne brachte der osmanische Botschafter in Berlin gegenüber *Marschall* anläßlich der offiziellen Mitteilung über die Feuereinstellung den Dank des Sultans für die deutsche Unterstützung gemeinsam mit dem Wunsch zum Ausdruck, die Vermittlungsaktion der Mächte möge befriedigende Ergebnisse zeitigen. *Marschall* ergriff seinerseits die Gelegenheit, dem Sultan im Auftrag des deutschen Kaisers von Gebietsabtretungen und der Kapitulationsabschaffung abzuraten³¹).

die Position Domokos verloren haben, uns ohne weiteres bei einem diplomatischen Schritt behufs Einstellung der Feindseligkeiten betheiligen, auch dann wenn der isolirte russische Schritt, welcher die Voraussetzung für die im diesseitigen Telegramm Nr. 56 erbetene Ermächtigung bildete, noch nicht erfolgt sein sollte.“ *Hohenlohe* an *Kiderlen* (Konzept *Holsteins*), Tel. Nr. 58, dringend, Berlin, 18. Mai 1897, PAAA, R12264. Die Bewilligung der neuen Instruktion erfolgte gleich: *Kiderlen* an das AA, Tel. Nr. 14, dringend, Wiesbaden, 18. Mai 1897, PAAA, R12264. *Wilhelm* teilte gleich seiner Schwester *Sophie* mit, er habe seinen Botschafter in Konstantinopel angewiesen, auf Einstellung der Feindseligkeiten im Verein mit dem russischen Botschafter hinzuwirken. *Kiderlen* an das AA, Tel. Nr. 15, Wiesbaden, 18. Mai 1897, PAAA, R12264.

²⁹) Zirkulartelegramm *Hohenlohes* nach Pera (Nr. 131), nach Petersburg (Nr. 156), nach London (Nr. 218), nach Rom (Nr. 140), nach Paris (Nr. 130), nach Wien (Nr. 190), nach Athen (Nr. 61), Berlin, 18. Mai 1897, PAAA, R12264.

³⁰) A. Moutafidou, Waffenstillstand, S. 76—79.

³¹) Sowohl im persönlichen Gespräch mit dem osmanischen Botschafter als auch durch die Ermächtigung *Saurmas*, diesen Standpunkt direkt dem Sultan gegenüber bei geeigneter Gelegenheit zu vertreten. Der deutsche Botschafter sollte den Schritt des Sultans (seinen persönlichen Dank an *Wilhelm*) vor sei-

Ein erneutes persönliches Danktelegramm des Sultans an *Wilhelm* im Rahmen des osmanischen Taktierens zwischen Rußland und Deutschland interpretierte *Marschall* als Bestätigung des wachsenden deutschen Einflusses in Konstantinopel — als Gegenpol zum starken russischen Faktor — und wählte in diesem Bewußtsein einen distanzierten Ton für das Antworttelegramm des deutschen Kaisers.

„Die etwas kühle Nuance wurde gewählt, weil der Sultan nach dem vorliegenden Telegramm sowohl wie nach der hier abschriftlich wieder beigefügten Mittheilung des türkischen Botschafters vom 18. d. M. offenbar unter dem Eindruck steht, daß es ein Mangel an Rücksichtnahme war, wenn Ew. auf den Wunsch Seiner Majestät des Kaisers von Rußland hin sofort, ohne uns eine vorherige Mittheilung zu machen, die Feindseligkeiten einstellte. Wenngleich wir uns in keiner Weise verletzt fühlen, liegt doch auch keine Veranlassung für uns vor, daß bei Seiner Majestät dem Sultan vorhandene Schuldbewußtsein zu stören.“³²⁾

Die sich aus den neuen Verhältnissen ergebenden Gefahren wurden erst später an der Wilhelmstraße in Erwägung gezogen.

Mit dem Eintritt in die Friedensverhandlungen³³⁾ war die Tendenz des deutschen Kabinetts deutlich zu erkennen, sich nach dem Versuch, eigene Forderungen durchzusetzen, an die russische Linie anzupassen, bzw. sich davon überzeugen zu lassen oder russische Vorschläge zu unterstützen. *Marschall*, der auf seine Forderung zurückgekommen war, die griechische Regierung solle vor jeder Antwort auf das osmanische Memorandum den modifizierten Friedensbedingungen, auf die sich die Großmächte einigen würden, prinzipiell zustimmen, gab aufgrund der Intervention *Murav'evs* nach. Der deutsche Staatssekretär billigte, daß *Saurma* sich an der Beantwortung des osmanischen Memorandums unter der Voraussetzung beteiligen würde, „daß die Vertreter der übrigen Großmächte Namens ihrer Regierungen erklären, daß Griechenland durch den Wortlaut der Note, mittels welcher es die Vermittlung der Mächte angenommen, in bindender Weise den Mächten plein pouvoir gegeben hat, die wesentlichen Friedensbedingungen mit der Pforte zu vereinbaren“³⁴⁾. Der kurz darauf auf persönlichen Befehl des Zaren hin

nen Kollegen in Konstantinopel geheim halten. *Marschall* an *Kiderlen*, Tel. Nr. 59, Berlin, 18. Mai 1897, PAAA, R12264; *Marschall* an *Saurma*, Tel. Nr. 133, Berlin, 20. Mai 1897, PAAA R12265.

³²⁾ *Marschall* an *Wilhelm*, Tel. Nr. 11, Berlin, 22. Mai 1897, PAAA, R12265.

³³⁾ Die genaueren diplomatischen Entwicklungen in jener Zeitspanne betreffend den osmanisch-griechischen Krieg von 1897, auch in bezug auf das deutsche Archivmaterial, sind in der sich in Arbeit befindenden Dissertation der Verfasserin zu finden.

³⁴⁾ Aufzeichnung *Marschalls* vom 22. Mai 1897, PAAA, R12265; Aufzeichnung *Marschalls* vom 23. Mai 1897, PAAA, R12266; *Hohenlohe* an *Eulenburg*, Tel. Nr. 70, Berlin, 23. Mai 1897, PAAA, R12266; *Eulenburg* an das AA, Tel.

erfolgte russische Antrag auf Waffenstillstandsverlängerung bis zum Friedensschluß wurde gleich vom deutschen Auswärtigen Amt unterstützt³⁵⁾.

In der Übergangsphase nach dem Abgang *Marschalls*³⁶⁾ und vor dem Eintritt *Bülow's* ins deutsche Auswärtige Amt³⁷⁾ bot der Antrag des osmanischen Botschafters auf Audienz bei Kaiser *Wilhelm* Anlaß, die Gefahren einer offenen Unterstützung der Osmanen neu zu überdenken. Diese hatte zwar das Wohlwollen des Sultans zur Folge, führte jedoch zu einer wachsenden Rivalität in Konstantinopel und brachte Deutschland in Gegensatz zu Rußland.

„Eurer k. und k. Majestät melde ich allerunterthänigst, daß der türkische Botschafter heute eine Audienz bei Allerhöchstdemselben erbeten hat. Galib Bey soll im Auftrag des Sultans für die bisher gewährte Unterstützung danken, namentlich aber um weitere Unterstützung während der Friedensverhandlungen bitten, die sich nach Ansicht des Sultans schwierig gestalten.

Den gleichen Dank und die gleiche Bitte hat bereits der Sultan am 21. v. M. durch ein an Euer Majestät gerichtetes Telegramm ausgesprochen, welches offen durch die Balkanländer und Österreich ging und der muthmaßlichen Absicht des Absenders entsprechend auch demnächst in der Presse bekannt wurde.

Durch solche Demonstrationen wird die Stellung Deutschlands (gegenüber) den anderen Mächten, namentlich Rußland, sowohl bei den Friedensverhandlungen wie auch im allgemeinen Verkehr nicht gerade erleichtert. Es liegt nahe, daß die französische wie die englische Diplomatie und Presse versuchen, das Petersburger Kabinett auf die ‚dominirende‘ Rolle Deutschlands am Bosphorus eifersüchtig zu machen. Daß derartiges in Petersburg versucht werde, ließ Graf Osten-Sacken neulich in die Unterhaltung einfließen, allerdings mit dem Zusatz, daß man dort keinen Anlaß habe, jenen Verdächtigungen irgendwelche Bedeutung beizumessen.

Immerhin aber wird es der Regierung Eurer Majestät erschwert im Laufe der Friedensverhandlungen den Sultan gegen solche Ansprüche, welche ihm

Nr. 28, Schlobitten, 24. Mai 1897, PAAA, R12266; *Marschall* an *Saurma*, Tel. Nr. 137, Berlin, 24. Mai 1897, PAAA, R12266.

³⁵⁾ *Saurma* an *Hohenlohe*, Tel. Nr. 311, Pera, 26. Mai 1897, PAAA, R12266; *Hohenlohe* an *Wilhelm*, Tel. unnummeriert, Berlin, 27. Mai 1897, PAAA, R12267; *Eulenburg* an das AA, Tel. Nr. 29, Prökelwitz, 27. Mai 1897, PAAA, R12267; *Hohenlohe* an *Saurma*, Tel. Nr. 144, Berlin, 28. Mai 1897, PAAA, R12267; *Marschall* an *Saurma*, Tel. Nr. 145, Berlin, 28. Mai 1897, PAAA, R12267.

³⁶⁾ Zum Amtswechsel an der Wilhelmstraße siehe N. Rich, *Friedrich von Holstein. Politics and Diplomacy in the Era of Bismarck and Wilhelm II.* Cambridge 1965, Bd. II, S. 526—543.

³⁷⁾ Zur *Bülow'schen* Konzeption der Orientpolitik und seiner Stellungnahme gegenüber dieser diplomatischen Krise nach seiner Ernennung als Staatssekretär siehe K. Loulos, *Die deutsche Griechenlandpolitik*, S. 89—94.

gegenüber unbillig und vielleicht gleichzeitig auch für Deutschland nachtheilig sind, zu unterstützen, wenn er selber sich bemüht, Euere Majestät als voreingenommen zu seinen Gunsten hinzustellen. Auch die Audienz des türkischen Botschafters falls Euere Majestät sie gewähren, zweifellos in diesem Sinne ausgenutzt werde.

Euere Majestät möchte ich deshalb um die huldreiche Ermächtigung bitten, durch Galib Bey, beziehungsweise durch Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel dem Sultan mittheilen zu lassen, Euere Majestät seien dankbar für die Anerkennung, welche Allerhöchst derselber Einwirkung auf die diplomatischen Vorkommnisse der letzten Zeit beim Sultan gefunden habe; es würde jedoch für Euerer Majestät Regierung leichter sein, den Sultan fernerhin, da er dies billiger Weise geschehen könne, zu unterstützen, wenn vorläufig von solchen demonstrativen Akten, welche, wie die Audienz eines Botschafters, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenken müßten, abgesehen werde.“³⁸⁾

Am 11. Juni informierte der Stellvertretende Staatssekretär *Rotenhan Saurma* über die letzte Entwicklung in Berlin³⁹⁾, und am 12. Juni erfolgte nun die offiziell ablehnende Antwort auf die persönliche Bitte des Sultans an *Wilhelm* um Unterstützung der osmanischen Forderung betreffend die Kriegsentschädigungs- und die Territorialfrage. Diese letzte Antwort signalisiert nun das Ende der Einmonatslücke und den Beginn der weiteren Veröffentlichung der Akten über den osmanisch-griechischen Krieg von 1897⁴⁰⁾.

Während in der Zeitspanne vom Ausbruch des osmanisch-griechischen Krieges bis zum 12. Mai 1897 die deutsche Politik bestrebt war, den Konflikt lokal zu begrenzen, um weitere Komplikationen im Balkanraum und in Europa zu verhindern⁴¹⁾, und in der Zeitspanne zwischen dem 12. Juni 1897

³⁸⁾ *Hohenlohe* an *Wilhelm* (Konzept *Holsteins*), Immediatbericht, Berlin, 9. Juni 1897, PAAA, R12271. *Bülow* setzte sich eigentlich am 8. Juli 1897, in der sehr oft zitierten Akte GP, XII/2, Nr. 3242, S. 426 mit dem Kurswechsel auseinander, der schon am 9. Juni 1897 an der Wilhelmstraße entschieden wurde, wie aus diesem von der Hand *Holsteins* konzipierten Immediatbericht deutlich hervorgeht.

³⁹⁾ *Rotenhan* an *Saurma* (Konzept *Holsteins*), Tel. Nr. 162, Berlin, 11. Juni 1897, PAAA, R12271.

⁴⁰⁾ Es handelte sich um die von *Hohenlohe* an *Wilhelm* vorgeschlagene Vorgehensweise (Konzept von der Hand *Holsteins* in: PAAA, R12271), mit der sich der deutsche Kaiser am nächsten Tag einverstanden erklärte. GP, XII/2, Nr. 3239, S. 423. Die erteilten Instruktionen erfolgten am 14. Juni (*Rotenham* an *Saurma* (Konzept *Holsteins*), Tel. Nr. 164, Berlin, 14. Juni 1897, PAAA, R12272) und am nächsten Tag die Mitteilung an den Sultan (*Saurma* an das AA, Tel. Nr. 360, Pera, 15. Juni 1897, PAAA, R12272).

⁴¹⁾ Diesem Ziel dienten in erster Linie die deutschen Forderungen nach dem Abzug aller griechischen Truppen von Kreta und nach der Anerkennung der

und dem Abschluß der Friedenspräliminarien die Gläubiger griechischer Wertpapiere zu beschwichtigen⁴²⁾, verfolgte das deutsche Kabinett vom 12. Mai bis zum 12. Juni 1897 eine Obstruktionspolitik mit dem auf den ersten Blick⁴³⁾ unmittelbaren Ziel, die Pforte zu unterstützen. Erst das Bewußtwerden der Gefahren, die sich aus dem dadurch entstandenen Gegensatz zu Rußland, mit dessen Orientpolitik Deutschland in den ersten Regierungsjahren *Hohenlohes* sympathisierte, sowie zu England und Frankreich ergaben, veranlaßte Berlin zur Rücknahme seines offenen Engagements in Konstantinopel.

Das Schwanken zwischen zwei Extremen im politischen Auftreten Deutschlands nach 1890, nämlich der traditionellen Linie eines politischen Desinteresses und dem weitergehenden Engagement in der orientalischen Frage, wobei das direkte Eingreifen allmählich zur grundsätzlichen Linie der deutschen Politik wurde, verstimmte Rußland wie auch England und hatte eine nachhaltige Wirkung sowohl auf die deutsch-russischen als auch auf die deutsch-englischen Beziehungen⁴⁴⁾.

Zweifellos ist von der Nicht-Veröffentlichung der Akten vom 12. Mai bis zum 12. Juni 1897 in der „Großen Politik“ auf die Ausübung politischen Drucks auf die Herausgeber zu schließen. Genausowenig ist aber auch die große editorische Leistung und der Wert dieser klassischen Aktensammlung als wesentliche Grundlage für die Forschung zu leugnen⁴⁵⁾.

Autonomie der Insel. Siehe auch N. Rich — M. H. Fisher, *Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins*. Deutsche Ausgabe von W. Frauendienst. Göttingen, Berlin, Frankfurt 1963, Bd. IV, Nr. 616, S. 30—31.

⁴²⁾ Ibidem, Nr. 619, S. 33.

⁴³⁾ Zu den deutschen Wirtschafts- und wirtschaftspolitischen Interessen im Osmanischen Reich und der deutschen kommerziellen Durchdringung des Orients siehe G. Schöllgen, *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage*. München 1984; auch *Die Habsburgermonarchie 1848—1918*. Hrsg. von A. Wandruszka und P. Urbanitsch. Bd. VI, *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*, Teil 2, Wien 1993, S. 263, 264, Anm. 82, 83.

⁴⁴⁾ Siehe G. Schöllgen, *Imperialismus*, bes. S. 50—131.

⁴⁵⁾ Zur Kritik und Würdigung der „Großen Politik“ siehe: K. Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik*, S. 56—57; M. Toscano, *The History of Treaties and International Politics. I. An Introduction to the History of Treaties and International Politics: The Documentary and Memoir Sources*. Baltimore 1966, S. 137—138.